

Kriegsschuld und Kohlensteuer.

(Ein Finanzplan der Entente.)

Von Ingenieur A. S. Goldreich.

In den Finanzkreisen der Ententestaaten wird gegenwärtig über einen hochbedeutenden Plan verhandelt, welcher die Tilgung eines ansehnlichen Teiles der Kriegsschulden der Alliierten durch die Einführung einer Kohlensteuer zum Zwecke haben soll. Dem vorliegenden Projekte liegt der Gedanke zugrunde, durch eine solche Besteuerung die einzelnen Staaten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu belasten, für deren Beurteilung der Kohlenverbrauch als Maßstab dienen soll. Der interessante Finanzplan hätte aber auch eine bedeutende wirtschaftliche Belastung der zahlreichen neutralen und neuerstandenen Staaten zur Folge, die auf Kohlenbezug in ansehnlichem Maße angewiesen sind. Es ist anzunehmen, daß die Alliierten auch jene Kohlenbergbaue zur Besteuerung heranzuziehen beabsichtigen, die nach Feststellung seitens der Friedenskonferenz als Bestandteile der Staatsgebiete der Verbündeten erklärt werden.

Von diesem Gesichtspunkte ist es wahrscheinlich, daß die tschechischen und polnischen Kohlenlager ebenfalls der Besteuerung unterliegen werden. Eine wesentliche Verteuerung der für den deutschösterreichischen Staat in Betracht kommenden Kohlenmengen wird die unmittelbare Folge sein. Wenn wir die Fördermengen in Betracht ziehen, die bei Berücksichtigung der nachteilig beeinflussten Betriebsverhältnisse derzeit zur Verfügung stehen werden, so dürften die Alliierten in den nächsten Jahren über eine jährliche Kohलगewinnung von ungefähr 800 Millionen Tonnen erstklassiger Sorten verfügen, an denen die Vereinigten Staaten allein mit zirka 520 Millionen Tonnen beteiligt sind, während Großbritannien für die nächsten Jahre nur mit beiläufig 250 Millionen Tonnen eingeschätzt wird.

Bei dieser Berechnung sind die Fördermengen des tschecho-slowakischen und des polnischen Staates noch nicht berücksichtigt, da das Schicksal der dortigen Kohlenbecken, so insbesondere derer Deutschböhmens und Oberschlesiens, noch fraglich ist. Es ist jedoch ohne weiteres klar, daß sich durch die Besteuerung des Kohlenbergbaues den Ententestaaten eine ganz gewaltige Einnahmequelle eröffnet. Der Plan ihrer Erschließung wird sicherlich greifbare Formen annehmen. Der jährliche Eigenverbrauch der Ententestaaten, ohne Berücksichtigung der vorerwähnten fraglichen Kohlengebiete, wird unter Rücksichtnahme auf die weitere Handhabung der Einschränkungsmaßnahmen mit ungefähr 740 Millionen Tonnen eingeschätzt, so daß beiläufig 60 Millionen Ausfuhr-Tonnen für die Besteuerung in Betracht kommen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten betrifft vorwiegend Kanada, Mexiko, Kuba und Argentinien. Auch Italien dürfte die im Kriege eingeführte amerikanische Einfuhr in der Zukunft in vielleicht höherem Maße begünstigen.

Für die neutralen Staaten Europas, die durch die geplante Steuerabgabe an der Tilgung der Kriegslasten der Entente in ansehnlichem Maße teilnehmen müßten, kommt hauptsächlich die englische Kohle in Betracht. (Für die Bezugsländer brächte das übrigens wenig Neues, da ja gerade England seinerzeit schon eine Abgabe von der Kohlenausfuhr eingehoben hat. Die Red.) Wohl ist zu berücksichtigen, daß einzelne dieser Staaten gezwungenermaßen im Kriege ihre eigene Kohlenförderung wesentlich erhöht haben, doch bleibt die Abhängigkeit dieser relativ kohlenarmen Staatsgebiete von der Kohleneinfuhr auch weiterhin erhalten. Insbesondere werden Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien, Portugal und der Balkan englische Kohle auch weiterhin in bedeutendem Maße einführen müssen. Holland hat vor dem Kriege ungefähr 7 Millionen Tonnen jährlich von Deutschland bezogen; es hat im Kriege seine Eigenförderung von 2 auf 3 Millionen Tonnen erhöht. Die holländischen Industriellen erörtern die geplante Sozialisierung des deutschen Bergbaues unter dem Gesichtspunkte der hierdurch sinkenden Wettbewerbsfähigkeit mit der englischen Kohle. Man ist in Holland der Ansicht, daß die Sozialisierung des deutschen Kohlenbergbaues eine wesentliche Verteuerung des deutschen Bergbaubetriebes und eine Steigerung der englischen Kohlenausfuhr zur Folge haben würde.

Die Besteuerung der Ententekohle und die dadurch eventuell eintretende Besserung der Aussichten für die deutsche Konkurrenz wird zweifellos von den Alliierten entsprechend berücksichtigt werden. Man wird insbesondere in England ein Interesse daran haben, durch Hebung der eigenen Kohlenausfuhr die Heranziehung der neutralen Staaten zur Tilgung der Kriegsschulden in größerem Maße zu erreichen. Die günstigen Schiffsfrachtverhältnisse, die der englischen Kohle schon vor diesem Kriege die herrschende Stellung auf dem europäischen Markte gesichert haben, werden auch weiterhin und insbesondere auch infolge der durch die Waffenstillstandsbedingungen erhöhten Transportnot Deutschlands in vielleicht vergrößertem Maße der englischen Ausfuhr dienlich werden.

Von allgemein volkswirtschaftlichem Gesichtspunkte ist die in Aussicht stehende abermalige Verteuerung der Kohle zu beklagen. Für die Heranziehung der Kohle für Steuerzwecke dürften für die Alliierten ähnliche Gründe veranlassend sein, wie sie der deutschen Reichsregierung bei der im Jahre 1917 eingeführten deutschen Kohlensteuer maßgebend waren. Die Kohle stellt eine der ergiebigsten und am leichtesten erfassbaren Steuerquellen dar. Könnte die Deutsche Reichsregierung anlässlich der Einführung der Kohlensteuer mit Recht hervorheben, daß Deutschland die billigsten Kohlenpreise der Welt aufweise, so haben sich die Verhältnisse seit dieser Zeit wesentlich zum Nachteil Deutschlands verschoben.

Die Frage, in welchem Umfang eine Verteuerung der Ententekohlen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrien beeinflussen wird, läßt sich derzeit gewiß nicht übersehen. Eine Tatsache ist jedoch bereits jetzt klar erkennbar, daß in der nächsten Zukunft mit einer wesentlichen Verteuerung jener Industrieprodukte zu rechnen sein wird, für welche die Kohle als Kraftquelle dienen muß. Für die auf Kohleneinfuhr angewiesenen Staaten ergibt sich deshalb auch von diesem Gesichtspunkte die dringende Notwendigkeit, durch die Heranziehung der Wasserkräfte den Kohlenverbrauch möglichst tief herabzusetzen.